

ANDREA LÖW

## WARTHEGAU

„UND DIESE STADT WIRD LEBEN, WEIL SIE  
SO LEIDENSCHAFTLICH LEBEN WILL.“

Am 4. Januar 1942 hielt der Judenälteste von Litzmannstadt eine Rede vor Mitgliedern seiner Verwaltung und anderen ausgewählten Zuhörern. Knapp zwei Wochen, bevor der erste Transport Lodzer Juden in das Vernichtungslager Kulmhof (Chełmno) brachte, blickte Mordechai Chaim Rumkowski zunächst zurück:

„Denke ich zurück, dann erfüllt mich in erster Linie der fürwahr rekordartige Ausbau des Gettos zu einem Arbeitszentrum mit Stolz. Buchstäblich aus dem Nichts haben wir doch enorme Arbeitsstätten errichtet, die verschiedensten Werkstätten und Fabriken in Betrieb genommen. Schon heute beschäftigen wir eine Armee von nahezu 50.000 Menschen. Mit solch einer Zahl an Arbeitenden müssen alle ernsthaft rechnen. Und damit rechnen auch alle, bis in die entscheidenden Instanzen hinein. Alle bei uns sollten sich bewusst sein, dass die oben genannten [deutschen] Instanzen vom Getto kategorisch fordern, sich der Arbeit zu widmen.“

Als Rumkowski diese Rede hielt, hatte eine von ihm ins Leben gerufene „Aussiedlungskommission“ bereits mit der Auswahl der ersten 10.000 zu Deportierenden begonnen. Und der Judenälteste betonte:

„Von Anfang an strebte ich danach, ein einziges Ziel zu erreichen. Dieses Ziel ist, der Behörde zu beweisen, dass das Getto ausschließlich aus arbeitenden Menschen besteht, dass jeder arbeitsfähige Gettoeinwohner einer Arbeit nachgeht. [...] Ich bin mir sicher, dass die Behörden zu keinen Schikanen greifen werden, solange das Getto ehrlich und gut arbeitet. Diese Gewissheit will ich noch festigen und der Weg dahin führt über die Steigerung und Verbesserung der Produktion. [...]

DER PLAN ZU BEGINN DES NEUEN JAHRES:

Dieser Plan ist: ARBEIT, ARBEIT und noch einmal ARBEIT.

Mit eisernem Willen werde ich danach streben, dass sich für alle im Getto eine Arbeit findet [...]. Wenn ich dieses Programm verwirkliche, kann ich aufgrund

der unanfechtbaren Zahlen beweisen, dass die Juden im Getto ein produktives Element und sie daher wertvolle Menschen sind.“<sup>1</sup>

Der Gedanke, dass Juden sich durch ihre Produktivität retten würden, war keineswegs abwegig, in zahlreichen Gettos wurde von den verantwortlichen jüdischen Funktionären danach gehandelt. Im Reichsgau Wartheland – einem der ins Deutsche Reich eingegliederten Gebiete des besetzten Polen – befand sich mit dem Getto Litzmannstadt nicht nur das zweitgrößte von den Nationalsozialisten eingerichtete Getto, welches zudem am längsten bestand – Litzmannstadt kommt zudem eine zentrale Bedeutung zu, wenn es um die Frage nach der Arbeit in Gettos geht, daher soll die dortige Entwicklung im Mittelpunkt des Artikels stehen. In Łódź, so der polnische Name der Stadt, die die Deutschen im April 1940 in „Litzmannstadt“ umbenannten, wohnte rund die Hälfte der 435.000 Juden, die beim deutschen Einmarsch in der Region lebten, die dann den Warthegau bildete. Die Entwicklungen dort beeinflussten zudem in hohem Maße diejenige in den Gettos der Provinz.

Zunächst werden die Gettoisierung im Warthegau und die Arbeit in den anderen Gettos knapp geschildert. Nach deren Auflösung im Laufe des Jahres 1942 arbeiteten außer in Lagern nur noch in Litzmannstadt Juden – hier war dafür die gesamte „arbeitsfähige“ jüdische Bevölkerung der Region konzentriert, die allermeisten Juden, die nicht in den Fabriken und Werkstätten arbeiten konnten, waren ermordet worden.

Der Text kann sich auf die zum Reichsgau Wartheland existierenden Forschungen von Danuta Dąbrowska,<sup>2</sup> Michael Alberti,<sup>3</sup> Ingo Loose<sup>4</sup> und im Hinblick auf Arbeit in diesen Gettos auf Stephan Lehnstaedt<sup>5</sup> stützen. Zum Getto Litzmannstadt existiert inzwischen eine ganze Reihe von Untersuchungen, genannt seien neben anderen die inzwischen in englischer Übersetzung vorliegende Studie von Isaiah Trunk,<sup>6</sup> diejenige von Wolf

<sup>1</sup> Zit. nach Die Chronik des Gettos Lodz/Litzmannstadt 1942, hg. v. SASCHA FEUCHERT u. a., Göttingen 2007, S. 23-27.

<sup>2</sup> DANUTA DĄBROWSKA, Zagłada skupisk żydowskich w „Kraju Warty“ w okresie okupacji hitlerowskiej, in: BŻIH 13/14 (1955), S. 122-184.

<sup>3</sup> MICHAEL ALBERTI, Die Verfolgung und Vernichtung der Juden im Reichsgau Wartheland 1939–1945, Wiesbaden 2006.

<sup>4</sup> INGO LOOSE, Wartheland, in: Das „Großdeutsche Reich“ und die Juden. Nationalsozialistische Verfolgung in den „angegliederten“ Gebieten, hg. v. WOLF GRUNER / JÖRG OSTERLOH, Frankfurt a. M. / New York 2010, S. 229-258.

<sup>5</sup> STEPHAN LEHNSTAEDT, Jewish Labor in the Smaller Ghettos in the Warthegau Region, in: Yad Vashem Studies 38-2 (2010), S. 47-84.

<sup>6</sup> ISAIAH TRUNK, Łódź Ghetto. A History, Bloomington / Indianapolis 2006.

Jasni,<sup>7</sup> die polnischen Arbeiten von Danuta Dąbrowska,<sup>8</sup> Henryk Rubin<sup>9</sup> und Julian Baranowski,<sup>10</sup> die Arbeiten von Michal Unger,<sup>11</sup> meine eigene Studie der Gesellschaft des Gettos<sup>12</sup> und die grundlegende Darstellung von Peter Klein zur Gettoverwaltung.<sup>13</sup>

Im Zusammenhang mit der Frage nach Arbeit im Getto sind zudem noch der Katalog zu nennen, der anlässlich einer Ausstellung im Jüdischen Museum in Frankfurt im Jahre 1990 erschien, und ein Sammelband, der ausgehend von Rumkowskis Maxime „Unser einziger Weg ist Arbeit“ Handlungsmöglichkeiten und -weisen von Juden hinterfragte.<sup>14</sup>

---

<sup>7</sup> WOLF JASNI, *Di Geshikhte fun Yidn in Lodzsh. In di yorn fun der daytsher Yidn-Oysrotung*, 2 Bde., Tel Aviv 1960 bzw. 1966.

<sup>8</sup> DANUTA DĄBROWSKA, Administracja żydowska w Łodzi i jej agendy w okresie od początku okupacji do zamknięcia getta (8 IX 1939r.-30 IV 1940r.), in: BŻIH 45-46 (1963), S. 110-137; DIES., O projektach poprawy sytuacji ludności w getcie łódzkim (Wnioski mieszkańców getta z lat 1940-1942), in: BŻIH 38 (1961), S. 118-127; DIES.: Struktura i funkcje administracji żydowskiej w getcie łódzkim (maj-grudzień 1940r.), in: BŻIH 51 (1964), S. 41-57 und BŻIH 52 (1964), S. 35-48.

<sup>9</sup> HENRYK (ICCHAK) RUBIN, *Żydzi w Łodzi pod niemiecką okupacją 1939–1945*, London 1988.

<sup>10</sup> Die zahlreichen Aufsätze des viel zu früh verstorbenen Julian Baranowski sollen hier nicht eigens angeführt werden, hingewiesen sei auf JULIAN BARANOWSKI, *The Łódź Ghetto 1940-1944 / Łódzkie Getto 1940-1944. Vademecum*, Łódź 2003; DERS., *Zigeunerlager in Litzmannstadt / The Gypsy Camp in Łódź / Obóz cygański w Łodzi 1941-1942*, Łódź 2003; DERS., *Żydzi wiedeńscy w getcie łódzkim 1941-1944 / Wiener Juden im Getto Lodz 1941-1944*, Łódź 2004.

<sup>11</sup> MICHAL UNGER, *The Last Ghetto. Life in the Lodz Ghetto 1940–1944*, Jerusalem 1995; DIES., *Lodz. Aharon ha-getao be-polin*, Jerusalem 2005; DIES., *Reassessment of the Image of Mordechai Chaim Rumkowski*, Göttingen 2008.

<sup>12</sup> ANDREA LÖW, *Juden im Getto Litzmannstadt. Lebensbedingungen, Selbstwahrnehmung, Verhalten*, Göttingen 2006.

<sup>13</sup> PETER KLEIN, *Die „Gettoverwaltung Litzmannstadt“ 1940–1944. Eine Dienststelle im Spannungsfeld von Kommunalbürokratie und staatlicher Verfolgungspolitik*, Hamburg 2009.

<sup>14</sup> „Unser einziger Weg ist Arbeit.“ Das Ghetto in Lodz 1940–1944, hg. vom Jüdischen Museum Frankfurt, Frankfurt a. M. / Wien 1990; „Wer zum Leben, wer zum Tod...“. Strategien jüdischen Überlebens im Ghetto, hg. v. DORON KIESEL u. a., Frankfurt a. M./New York 1992. Es ist kaum möglich, sämtliche Forschungen zum Getto Litzmannstadt in angemessenem Umfang aufzuführen, hingewiesen sei noch auf zwei Publikationen jüngerer Datums: *Fenomen getta łódzkiego 1940–1944*, hg. v. PAWEŁ SAMUŚ / WIESŁAW PUŚ, Łódź 2006; GORDON J. HORWITZ, *Ghettostadt. Łódź and the Making of a Nazi City*, Cambridge / London 2008.

Daneben liegen zahlreiche Quellen publiziert vor. Die im Archiv des Judenältesten entstandene Gettochronik<sup>15</sup> wird in diesem Artikel ausgiebig zitiert, da sie einzigartige Einblicke in das Innenleben des Gettos und vor allem auch in die Organisation der Arbeit im Getto gibt.

Nicht eingegangen wird in diesem Artikel auf die Arbeitslager für Juden im Reichsgau Wartheland, zu denen vor allem Anna Ziolkowska ausgiebig geforscht hat.<sup>16</sup>

### Gettoisierung im Reichsgau Wartheland

Die Errichtung von Gettos erstreckte sich im Warthegau über einen Zeitraum von Anfang 1940 bis Ende 1941.<sup>17</sup> Nicht alle Juden mussten in Gettos leben, außerdem gab es zahlreiche „offene“ Gettos, einzig Litzmannstadt war tatsächlich vollständig und streng von der Außenwelt abgeriegelt. Daneben gab es einige andere Orte, in denen ein geschlossenes Getto errichtet wurde. Die Initiative zur Gettobildung ging – im Unterschied zu Litzmannstadt, wo es Regierungspräsident Uebelhoer war, der aktiv wurde – sowohl von mittleren als auch den unteren deutschen Verwaltungsstellen aus, die unmittelbar mit der jüdischen Bevölkerung in der jeweiligen Region bzw. Ortschaft zu tun hatten. Seit dem Frühjahr 1940 begann die deutsche Verwaltung in verschiedenen Orten des Warthegaues, die Konzentration der jüdischen Bevölkerung anzurufen. Die Gründe waren unterschiedlich, ganz profan die Absicht, den Besitz der vertriebenen Juden zu requirieren, aber auch der Ehrgeiz, den eigenen Bereich möglichst rasch als „judenfrei“ reklamieren zu können, vorgeblich seuchenpräventive Gründe, der Kampf gegen den Schwarzmarkt oder Wohnraumnot, hervorgerufen durch den Zuzug deutscher Verwaltungsbeamter, vor allem aber durch die Umsiedlung von „Volksdeutschen“ im Rahmen von Hitlers und Himmlers „Umvolkungspolitik“. So stand die Gettoisierung in engem

<sup>15</sup> Die Chronik des Gettos Lodz/Litzmannstadt, hg. v. SASCHA FEUCHERT u.a., 5 Bde., Göttingen 2007. Polnische Ausgabe: Kronika Getta Łódzkiego/Litzmannstadt Getto 1941–1944, hg. v. JULIAN BARANOWSKI u. a., Łódź 2009.

<sup>16</sup> ANNA ZIÓLKOWSKA, Obozy pracy przymusowej dla Żydów w Wielkopolsce w latach okupacji hitlerowskiej (1941–1943), Poznań 2005; DIES., Zwangsarbeitslager für Juden im Reichsgau Wartheland, in: Der Judenmord in den eingegliederten polnischen Gebieten 1939–1945, hg. v. JACEK ANDRZEJ MŁYNARCZYK / JOCHEN BÖHLER, Osnabrück 2010, S. 179–201. LEHNSTAEDT, Jewish Labor, S. 67–71. Siehe auch WOLF GRUNER, Jewish Forced Labor under the Nazis. Economic Needs and Racial Aims, 1938–1944, Cambridge 2006.

<sup>17</sup> Der Abschnitt stützt sich, soweit nicht anders vermerkt, auf ALBERTI, Verfolgung, S. 193–206.

Zusammenhang mit gigantischen Deportationsprogrammen und hier besonders dem Scheitern der Pläne, die jüdische Bevölkerung aus den ins Reich eingegliederten Gebieten ins benachbarte Generalgouvernement abzuschieben. Die Verantwortlichen sahen die Gettos jedoch als Übergangslösungen an, sie gingen davon aus, dass die letztgenannten Deportationen in Kürze wieder aufgenommen würden und sich ihr „Judenproblem“ damit zügig erledigen würde.

Nachdem bis zum Frühjahr 1940 mehr als 100.000 Juden ins Generalgouvernement deportiert und die Vertreibungen damit aber zunächst eingestellt worden waren, entstanden bereits im Februar 1940 in den Kleinstädten Pabianice, Warta, Złoczew und Koźminek (Bornhagen) Gettos. In Brzeziny (Löwenstadt) ordnete der Landrat des Kreises Litzmannstadt Ende April 1940 die Errichtung eines Gettos an, welches teilweise mit Stacheldraht umzäunt wurde. In vielen anderen Orten zog sich die Gettobildung über einen längeren Zeitraum hin, so etwa in Zduńska Wola vermutlich von März bis Juli 1940. Der hier vorgesehene Bezirk erwies sich als zu klein und die jüdische Bevölkerung konnte nur nach und nach aus den anderen Stadtteilen in das später mit ca. 8300 Bewohnern zweitgrößte Getto des Warthegaus umziehen. In der Kreisstadt Lask war die jüdische Bevölkerung im September 1940 in einem Stadtbezirk konzentriert, in Turek dauerte es bis zum Herbst 1940, bis die Juden der Stadt in dem mit Stacheldraht umzäunten Getto eingepfercht waren. Mitunter scheiterte ein geplantes abgeriegeltes Getto an praktischen Dingen wie dem Mangel von Baumaterialien für die Umzäunung, andernorts dauerte der Auszug der polnischen Bevölkerung aus dem zum Getto erkorenen Gebiet zu lange bzw. die Betroffenen fanden keine andere Bleibe.

Im Regierungsbezirk Hohensalza wurden zwischen Mai und Juli 1940 in mehreren Orten „jüdische Wohnbezirke“ errichtet, so zogen die deutschen Behörden im Kreis Kutno sämtliche Juden in drei Ortschaften zusammen. Im Sommer 1940 entstanden im Reichsgau Wartheland zudem mehrere „Dorfgettos“, das erste dieser Art errichtete die Verwaltung des Kreises Konin in Grodzic (Großdorf).

Manche lokalen Verantwortlichen sahen angesichts der Perspektive, dass die jüdische Bevölkerung bald ins Generalgouvernement abgeschoben werden könnte, für den Moment gar keine Veranlassung, überhaupt Energien und Baumaterialien in die Bildung von Gettos zu investieren und warteten zunächst ab. So setzte erst ab Oktober 1940, beginnend vor allem im Regierungsbezirk Hohensalza, eine zweite Gettoisierungsphase ein, als immer deutlicher wurde, dass die Juden des Warthegaus in nächster Zukunft keineswegs deportiert werden würden. Generalgouverneur Hans Frank wollte sie in seinem Verantwortungsbereich ebenfalls nicht haben und wehrte sich mit Kräften gegen die Deportationen. Und auch der vor-

übergehend als ideale Lösung erschienene Plan, sämtliche europäischen Juden in die französische Kolonie Madagaskar abzuschieben, war inzwischen nicht mehr aktuell. Hierzu hätte es der Hoheit über die Seewege und also eines Sieges über oder Abkommens mit Großbritannien bedurft. Im November 1940 wurden dann in Podgóebice im Kreis Lentschütz und in der Kreisstadt Włocławek (Leslau) Gettos errichtet, im Dezember 1940 in der Kreisstadt Koło (Warthbrücken) und in Dobra im Kreis Turek.<sup>18</sup>

Die zu Beginn des Jahres 1941 wieder aufgenommenen Deportationen in das Generalgouvernement scheiterten nach wenigen Wochen, was bis Ende 1941 weitere Gettobildungen nach sich zog, so etwa in den Kreisstädten Wieluń (Welungen) im März und Gostynin (Waldrode) im April 1941. Auch in weiteren „Dorfgettos“ wurde die jüdische Bevölkerung einzelner Regionen zusammengefasst.

Als der Massenmord an den wartheländischen Juden in Kulmhof Ende 1941 begann, waren noch immer nicht in allen Orten Juden in Gettos zusammengefasst, seien es nun „geschlossene“, „offene“ oder „Dorfgettos“. Selbst die „geschlossenen“ Gettos waren nicht so streng von der Außenwelt abgeriegelt wie das in Litzmannstadt. Jedoch war es auch den Juden, die in nicht durch Zäune oder Bretter abgetrennten Gettos leben mussten, streng verboten, den ihnen zugewiesenen Bezirk ohne besondere Genehmigung, etwa um außerhalb zu arbeiten, zu verlassen. Darauf standen drakonische Sanktionen bis hin zur Todesstrafe.<sup>19</sup>

### Arbeit in Gettos außerhalb von Litzmannstadt

Nur in den größeren Orten, in denen Juden in einem Getto eingeschlossen waren und zum Arbeitseinsatz herangezogen wurden, gab es eigene deutsche Gettoverwaltungen, überliefert ist dies für Pabianice, Brzeziny, Zduńska Wola und Ozorków. Sonst waren offenbar der Amtskommissar und seine Verwaltung für die jüdische Bevölkerung zuständig, in Pabianice und Turek hingegen das Polizeiamt bzw. der Leiter der Gestapoaußenstelle. Der Umgang der lokalen Stellen mit der jüdischen Bevölkerung und die Art der Verwaltung der Gettos differierten mitunter stark. Immer aber war die deutsche Verwaltung für den Arbeitseinsatz der Juden verantwortlich und bestimmte, wo diese eingesetzt wurden.<sup>20</sup>

<sup>18</sup> Zum Madagaskarplan siehe MAGNUS BRECHTKEN, „Madagaskar für die Juden“. Antisemitische Idee und politische Praxis 1885–1945, München 1997; HANS JANSEN, Der Madagaskar-Plan. Die beabsichtigte Deportation der europäischen Juden nach Madagaskar, München 1997.

<sup>19</sup> ALBERTI, Verfolgung, S. 193-206.

<sup>20</sup> Ebd.

Die Lebensbedingungen in den Gettos unterschieden sich zwar von einander, waren jedoch insgesamt sehr schlecht. Viele Juden hatten beim Umzug kaum etwas von ihrer persönlichen Habe mitnehmen dürfen oder können, sie waren angesichts der Plünderungen, Beraubungen und Ausgrenzung verarmt. Die Gettos wurden stets in verwahrlosten Gegenden des jeweiligen Ortes eingerichtet, so dass die sanitären Bedingungen teilweise katastrophal waren. Beispielsweise wurden die Juden in Kutno auf das Gelände einer mehr oder weniger verfallenen ehemaligen Zuckerfabrik gezwängt. Ihre Versorgung mit Lebensmitteln und Medikamenten war zumeist mehr als dürftig. Kurzum: Die Menschen in den Gettos mussten daran gehen, ihr Leben unter stark veränderten Bedingungen, dabei stets von Terror und Gewalt bedroht, neu zu organisieren. Dazu zählte auch die Organisation ihrer Arbeit – und hier trafen sich deutsche und jüdische Interessen: Die deutschen Verwaltungsangestellten, Polizisten, aber auch Inhaber deutscher Firmen und die Wehrmacht sahen die Gelegenheit, von der billigen Arbeitskraft der jüdischen Bevölkerung zu profitieren. Viele Juden erblickten in der Arbeit eine Chance, Geld zu verdienen und vor allem Lebensmittel zu erhalten, und so überhaupt leben zu können.<sup>21</sup>

Für all dieses waren auf jüdischer Seite die Juden- bzw. Ältestenräte zuständig, die seit Oktober 1939 von der deutschen Verwaltung eingesetzt wurden, vor allem, um deren Anordnungen entgegenzunehmen und umzusetzen. Die Räte waren unterschiedlich stark besetzt, je nach Größe der Jüdischen Gemeinde bauten sie einen Verwaltungsapparat auf, der sämtliche Bereiche jüdischen Lebens organisierte, und hier auch den Arbeitseinsatz. Da es nach dem deutschen Einmarsch üblich gewesen war, Juden willkürlich zur Arbeit zu verschleppen, sahen die jüdischen Verantwortlichen in der Bereitstellung von Arbeitskräften eine Möglichkeit, dieser chaotischen Situation ein Ende zu bereiten.<sup>22</sup>

Um die Organisation jüdischen Lebens und die Versorgung der Menschen in den Gettos leisten zu können, beschäftigten die Räte als Arbeitgeber viele Juden in ihrer Verwaltung. Doch auch andere Formen der selbst organisierten Beschäftigung und dadurch Versorgung ersannen die Verantwortlichen. So betrieb beispielsweise der Judenrat in Zelów einen landwirtschaftlichen Betrieb, in dem vor allem Ziegen gezüchtet wurden, mit deren Milch die Kinder im Getto versorgt wurden. 30 Männer und 20 Frauen bewirtschafteten diesen Betrieb und erhielten zur Vorbereitung auf

---

<sup>21</sup> Ebd., S. 206-208; LEHNSTAEDT, Jewish Labor, S. 54 f.; LOOSE, Warthegau, S. 234 f.

<sup>22</sup> Allgemein zu den Judenräten: DAN MICHMAN, „Judenräte“ und „Judenvereinigungen“ unter nationalsozialistischer Herrschaft. Aufbau und Anwendung eines verwaltungsmäßigen Konzepts, in: ZfG 46 (1998), S. 289-304.

eine für die Zeit nach dem Krieg erhoffte Emigration nach Palästina zugleich eine landwirtschaftliche Ausbildung.<sup>23</sup>

Von deutscher Seite aus wurde in den Jahren 1939 und 1940 aufgrund der Perspektive, die jüdische Bevölkerung werde ohnehin in kürzester Frist abgeschoben, keine systematische, übergeordnete allgemeine Arbeitseinsatzpolitik betrieben. Wahllos rekrutierten verschiedene Firmen und deutsche Stellen Juden zur Arbeit. Da die Juden irgendwie versorgt werden mussten, ohne dass dafür eigene Mittel aufgewendet werden sollten, erschien es den Bürgermeistern, Landräten oder Amtskommissaren als gangbarer Weg, ihre Arbeitskraft zu nutzen. Dadurch sollten die jüdischen Gemeinschaften in die Lage versetzt werden, sich selbst zu versorgen und nicht im Abhängigkeit von Unterstützungszahlungen zu geraten. So war es folgerichtig, dass es in der Regel die Stadtverwaltungen und deren Arbeitsämter waren, die daran gingen, dies zu organisieren, wären sie doch sonst zur Kasse gebeten worden. Vorbild war stets das Getto Litzmannstadt. Die Bezahlung der Arbeiter erfolgte über die Judenräte, die den Menschen etwa 25 bis 50 Prozent des Stundenlohns auszahlten und den Rest einbehielten.<sup>24</sup>

Bis Anfang 1941 setzten die deutschen Behörden die Juden vor allem in sogenannten Arbeitsbataillonen ein, die dann zum jeweiligen Arbeitsort gebracht wurden und dort die verlangte Arbeit durchführten. Häufig wurden die Löhne an die Stadtkasse gezahlt, die dann einen reduzierten Betrag an die Ältestenräte weiterleitete. Nur durch die Stellung von Arbeitskräften war es diesen möglich, die Bevölkerung zu versorgen, da sie mit den Löhnen die gesamte Lebensmittel- und Medikamentenversorgung des Gettos finanzierten.<sup>25</sup>

Daneben arbeiteten Juden für die deutschen Behörden, in privaten Firmen oder sie wurden in Arbeitslager auf Reichsgebiet geschickt, wo sie für den Bau der Autobahn eingesetzt wurden. Meist war die Arbeit aufgrund der dort besseren Bedingungen bei privaten Firmen am begehrtesten. Firmen, die sich eigens wegen der jüdischen Arbeitskräfte in den jeweiligen Orten niedergelassen hatten, waren zudem auf diese angewiesen. Die Judenräte suchten daher die Kooperation mit diesen Firmen, sahen sie dadurch doch eine realistische Möglichkeit zu gewährleisten, dass die Menschen nicht umgesiedelt und außerdem versorgt würden. Später konnte Arbeit vor der Deportation schützen bzw. die Arbeiter wurden in das Getto Litzmannstadt und nicht nach Kulmhof verschleppt.

Ein bekannter Fall einer Firma, die das jüdische Arbeitskräftepotenzial schnell erkannte, war die Günther Schwarz KG, die schon im März 1940

<sup>23</sup> LEHNSTAEDT, Jewish Labor, S. 80.

<sup>24</sup> Ebd., S. 55-59; LOOSE, Warthegau, S. 247.

<sup>25</sup> LEHNSTAEDT, Jewish Labor, S. 59-61.

an die deutsche Verwaltung herantrat und aufzeigte, welch ökonomischen Nutzen der organisierte Einsatz jüdischer Arbeiter bringen würde. Im April begann die Firma in Pabianice und Brzeziny mit der Textilproduktion. Im Laufe der Zeit waren in Pabianice bis zu 1.400, in Brzeziny sogar bis zu 5.400 jüdische Schneider beschäftigt.<sup>26</sup>

Erst im Sommer 1941 begann die deutsche Verwaltung, eine für den gesamten Warthegau verbindliche einheitliche Regelung der Bedingungen von jüdischem Arbeitseinsatz und der Bezüge einzuführen, um die Ausbeutung der Juden zu optimieren und für kriegswirtschaftliche Ziele zu nutzen. Nach einer Besprechung in Berlin im August 1941 gingen die Behörden im Warthegau daran, alle arbeitsfähigen Juden zu erfassen, außerdem musste von da an vor jedem Einsatz jüdischer Arbeitskräfte die Genehmigung der Arbeitsverwaltung des Reichsstatthalters in Posen eingeholt werden.

Nachdem im Herbst 1941 die Frage der Entlohnung einheitlich geregelt worden war, musste nicht mehr, wie dies zuvor üblich gewesen war, ein Teil des Lohns für jüdische Arbeiter an die Reichsstatthalterei abgeführt werden. Stattdessen zogen die Gettoverwaltungen nun von den Löhnen, die private Firmen für jüdische Arbeiter entrichteten, ihre Unkosten und die Mittel für den Unterhalt des Gettos ein. Vom Rest bekam der Arbeiter 20 Prozent, 80 Prozent behielt die deutsche Behörde als Gewinn. Bei verschiedenen Formen des Arbeitseinsatzes und der Arbeitgeber unterschied sich zwar die Höhe der Bezahlungen, die Art der Abzüge war aber gleich. Die deutsche Verwaltung profitierte von diesen Maßnahmen und suchte daher ihre Einhaltung durchzusetzen. Doch griffen die einheitlichen Regelungen des jüdischen Arbeitseinsatzes nicht mehr lange, bis die systematische Ermordung der warthelandischen Juden begann. Manche Arbeiter kamen in dieser Phase in das Getto Litzmannstadt, die Zentrale jüdischer Arbeit im Warthegau.<sup>27</sup>

### Das Getto Litzmannstadt

Am 10. Dezember 1939 gab Friedrich Uebelhoer, der Regierungspräsident in Kalisch, in einem geheimen Rundschreiben die Richtlinien für die Gettobildung in Litzmannstadt bekannt. Er bezeichnete das Getto hier ausdrücklich als „eine Übergangslösung“.<sup>28</sup> Am 8. Februar 1940 ordnete Polizeiprä-

<sup>26</sup> Ebd., S. 71-73; LOOSE, Warthegau, S. 249; ALBERTI, Verfolgung, S. 277-283.

<sup>27</sup> DĄBROWSKA, Zagłada; LEHNSTAEDT, Jewish Labor, S. 65 f.

<sup>28</sup> Zitiert nach Dokumenty i Materiały do Dziejów Okupacji Niemieckiej w Polsce, Bd. 3: Getto Łódzkie, hg. v. ARTUR EISENACH, Warszawa 1946, S. 26-31: Der Regierungspräsident zu Kalisch, Uebelhoer, Bildung eines Gettos in der Stadt Lodsch, 10.12.1939.

sident Johannes Schäfer die Errichtung des Gettos und den Umzug der jüdischen Bevölkerung in die Altstadt und die Stadtteile Bałuty und Marysin im Norden der Stadt an.<sup>29</sup> Am 30. April 1940 wurde das Getto abgeriegelt. Es war mit einem Stacheldrahtzaun von der übrigen Stadt abgetrennt und durch deutsche Wachposten streng bewacht. Auf 4,13 Quadratkilometern waren nach der Absperrung gut 160.000 Juden eingepfercht. Dies bedeutet eine Bevölkerungsdichte von etwa 40.000 Menschen pro Quadratkilometer; rechnet man nur das bebaute Gebiet, lebten sogar gut 60.000 Menschen auf einem Quadratkilometer.<sup>30</sup>

Auf deutscher Seite war die lokale Zivilverwaltung für das Getto verantwortlich. Der Bremer Geschäftsmann Hans Biebow leitete vom 5. Mai 1940 bis zur Auflösung des Gettos die „Ernährungs- und Wirtschaftsstelle Getto“, die vom 29. Oktober 1940 als „Gettoverwaltung“ eine eigenständige Organisationseinheit innerhalb der Stadtverwaltung darstellte und direkt dem Oberbürgermeister unterstellt war. Biebow war überzeugt von der Strategie, die Arbeitskraft der Juden des Gettos auszunutzen, und ging mit großem Eifer an sein Werk. Als im Herbst 1940 deutlich wurde, dass keinerlei angeblich dort versteckte Gelder mehr aus dem Getto erpresst werden konnten, setzte er einen Richtungswechsel in der deutschen Politik gegenüber dem Getto durch. Er bat den Regierungspräsidenten Uebelhoer um Geld für die Versorgung des Gettos und dieser bewilligte einen Kredit in Höhe von drei Millionen Reichsmark. Von da an war das Getto eine Einrichtung, deren Produktivität die Interessen der Deutschen direkt beeindruckte, da ihnen ansonsten Kosten entstanden. Biebow setzte sich in der Folge für das Projekt einer rentablen Gettowirtschaft ein, besorgte Maschinen und Aufträge.<sup>31</sup>

Am 13. Oktober 1939 hatte Stadtkommissar Albert Leister Mordechai Chaim Rumkowski zum „Ältesten der Juden“ ernannt. Er beauftragte ihn mit der Bildung eines Ältestenrats und ordnete dabei an, dass alle Juden den Befehlen des „Ältesten“ Folge zu leisten hätten.<sup>32</sup> Rumkowski konzentrierte innerhalb des Gettos eine extreme Machtfülle auf sich, jedoch stand er einer Schein-Selbstverwaltung vor. Er hatte immer nur so viel Macht, wie die deutschen Besatzer ihm zugestanden. Sämtlicher Schriftwechsel des Judenältesten ging durch das Amt von Hans Biebow und alle Bekannt-

<sup>29</sup> Vgl. EISENACH, Dokumenty, S. 35-37: Der Polizeipräsident Schäfer. Polizeiverordnung über die Wohn- und Aufenthaltsrechte der Juden, 8.2.1940.

<sup>30</sup> Zu den Wohnverhältnissen im Gettogebeit vgl. Löw, Juden, S. 90-93 und S. 155 sowie TRUNK, Łódź Ghetto, S. 15 f.

<sup>31</sup> Grundlegend zur „Gettoverwaltung“ KLEIN, „Gettoverwaltung Litzmannstadt“.

<sup>32</sup> Institute for Jewish Research, New York (YIVO), RG 241/35-37. Der Kommissar der Stadt Lodzi, Leister, an Rumkowski, 13.10.1939, 14.10.1939, 16.10.1939.

machungen Rumkowskis mussten zur Kontrolle eingereicht werden. Die Autonomie des Gettos war eine scheinbare, sie galt in den von den Nationalsozialisten abgesteckten Grenzen. Innerhalb des Gettos verfügte der Judenälteste zur Durchsetzung seiner Macht über eine eigene Polizei, den sogenannten Ordnungsdienst, ein Gericht und ein Gefängnis.

Rumkowski baute einen riesigen Verwaltungsapparat auf, immer mehr Abteilungen entstanden, die sämtliche Bereiche des innerjüdischen Lebens regelten. Bereits im Herbst 1939 hatte der Neu- oder Wiederaufbau verschiedener Abteilungen, so etwa des Fürsorgewesens, begonnen und musste nun nach der Abriegelung des Gettos angesichts der dramatischen Verschlechterung der Situation massiv beschleunigt werden. Eine „Fürsorgeabteilung“ war für die Versorgung der Ärmsten zuständig, um die Kranken kümmerte sich die „Gesundheitsabteilung“. Die „Approversionsabteilung“ organisierte die Verteilung der Lebensmittel und sonstiger Bedarfsgüter. Die „Schulabteilung“ organisierte die Schulen für Kinder und Jugendliche, die „Statistische Abteilung“ und das Archiv dokumentierten das Gettoleben. Die Zahl der in der Administration Beschäftigten wuchs stetig: Waren Mitte 1940 fast 3.500 Menschen in der Verwaltung beschäftigt, waren es bis zum März 1942 gut 12.000. Eine eigene „Personalabteilung“ war für diese „Beamten“ zuständig.<sup>33</sup>

Rumkowski ging bereits im Frühjahr 1940 daran, die Arbeit im Getto zu organisieren. Er unterbreitete der deutschen Verwaltung Anfang April dieses Jahres diesbezügliche Vorschläge. Acht- bis zehntausend Fachleute befanden sich im Getto, so erklärte er:

„Ich könnte organisieren, dass diese für die Behörden arbeiten, indem die Behörden das Rohmaterial liefern und die Arbeitslöhne festsetzen. Die Arbeiten werden im Getto ausgeführt, und würde ich durch eine von mir bestimmte Abteilung die Arbeit unter den Fachleuten verteilen.“<sup>34</sup>

Anfang Mai konkretisierte Rumkowski dies nach einer Registrierung der im Getto zur Verfügung stehenden Schneider (knapp 15.000) und im gleichen Monat wurde ein erster Auftrag vergeben und die Stadtverwaltung erteilte Rumkowski die Erlaubnis, mit der Produktion zu beginnen.<sup>35</sup>

<sup>33</sup> Die Angaben schwanken bei den Beschäftigungszahlen oft erheblich. Zu der innerjüdischen Verwaltung und Mordechai Chaim Rumkowski siehe etwa LÖW, Juden, und UNGER, Reassessment. Um einen Eindruck davon zu bekommen, wie ausdifferenziert die jüdische Verwaltung war, vgl. etwa die graphische Darstellung der Organisation des Ältesten der Juden bei LÖW, Juden, S. 192 f.

<sup>34</sup> YIVO, RG 241/44. Der Judenälteste, Rumkowski, an den Oberbürgermeister der Stadt Lodzi / Stadtkommissar Schiffer, 5.4.1940.

<sup>35</sup> ALBERTI, Verfolgung, S. 230.

So wie Biebow auf deutscher Seite eine Schlüsselfigur in der Geschichte des Gettos war, war Rumkowski dies auf jüdischer Seite. Beide verfolgten die Strategie einer profitablen Gettoindustrie. Und genau an diesem Punkt bestand die Übereinstimmung zwischen Biebow und Rumkowski, die das Getto in der Folge zu einer ungeheuer produktiven Zwangsarbeitsstätte heranwachsen ließ – diese Übereinstimmung hatte freilich sehr unterschiedliche Gründe: Biebow wollte sich bereichern, Rumkowski wollte überleben.

Aus nahezu jeder Branche gab es im Getto Spezialisten. Bereits am 1. Mai 1940 wurde die erste Schneidereiabteilung gegründet und die Registrierung aller Schneider begann. Großes Improvisationstalent war gefordert: Die jeweiligen Fachleute wurden aufgerufen, sich zu melden, kamen zur Arbeit, brachten mit, was sie an Werkzeugen oder Maschinen hatten retten können und die Produktion begann. Viele Maschinen fehlten anfangs, auch der Mangel an Rohstoffen war ein großes Problem. Häufig wurden in engen Wohnräumen Schneidereien oder Tischlereien eingerichtet (nur etwa 15 Prozent der Betriebe waren in ehemaligen Fabrikgebäuden untergebracht), die Enge und die schlechte Luft führten bei den ohnehin unterernährten Arbeitern zu Schwäche- und Erschöpfungszuständen, sie brachen teilweise ohnmächtig am Arbeitsplatz zusammen. Im Laufe der Zeit entstanden verschiedene Betriebe, Anfang Oktober 1940 existierten bereits Fabriken in 18 verschiedenen Branchen.<sup>36</sup>

Manche Betriebe errichtete man in normalen Wohnhäusern, in denen die Menschen in engen Räumen saßen und arbeiteten. Der Journalist Oskar Singer beschreibt in einem Bericht über die „Strickerei-Abteilung“ die dort herrschenden Arbeitsbedingungen:

„Die Fabrik ist eng wie das ganze Getto. Überall kämpft man mit dem Raum. Jeder Winkel ist Betriebsraum, oft ganz durcheinander, gar nicht organisch. Aber über allem steht das Gebot: Produzieren! Arbeitsmöglichkeiten schaffen.“<sup>37</sup>

Normalerweise betrug die Arbeitszeit an sechs Tagen in der Woche jeweils zehn Stunden. Häufig wurde aber länger gearbeitet, teilweise mussten die Menschen zwölf oder sogar 14 Stunden täglich arbeiten. Anfangs war der freie Tag der Samstag, später der Sonntag. Es gab auch so genannte Heimarbeiter. Hierbei handelte es sich hauptsächlich um Frauen, die von den

<sup>36</sup> RUBIN, Źydzi, S. 239 ff. Vgl. zu den unterschiedlichen Branchen im Getto den Bericht des Überlebenden BENDET HERSHKOVITCH, The Ghetto in Litzmannstadt (Lodz), in: YIVO Annual of Jewish Social Science 5 (1950), S. 85-122, bes. S. 111-120.

<sup>37</sup> OSKAR SINGER, „Im Eilschritt durch den Gettotag...“ Reportagen und Essays aus dem Getto Lodz, hg. v. SASCHA FEUCHERT u. a., Berlin / Wien 2002, 19.8.1942, S. 123.

verschiedenen Ressorts meistens einmal in der Woche ein bestimmtes Arbeitspensum mit nach Hause bekamen, um es zu einem vereinbarten Termin abzuliefern. Sie galten als normale Arbeitskräfte und erhielten neben der täglichen Suppe den entsprechenden Lohn. Im September 1941 waren 9.000 Heimarbeiter für den Bedarf von deutschen Privatunternehmen tätig.

Das Zentralbüro der Arbeits-Ressorts (Ressorts wurden im Getto die Fabriken genannt) war für die Organisation der Werkstätten und Fabriken zuständig. Unter seinem Leiter Aron Jakubowicz fungierte es seit dem 1. Oktober 1940 als Mittlerinstanz zwischen der deutschen Gettoverwaltung und den einzelnen Betrieben im Getto bei der Ausführung von Aufträgen. Die Bestellungen der Kunden gingen über die Gettoverwaltung an dieses Büro, welches das betreffende Ressort damit beauftragte sowie die Einhaltung des Liefertermins und die Qualität der Ware kontrollierte. Bei den Branchen, die eine eigene Zentrale hatten, wie etwa das Schneider-Ressort, fungierte diese noch als Vermittlungsinstanz zwischen dem Zentralbüro und den einzelnen Fabriken. Am Baluter Ring nahmen Vertreter der Gettoverwaltung die Waren in Empfang, von hier wurden sie nach einer Desinfektion verschickt. Größter Abnehmer war mit etwa 90 Prozent des Bestellvolumens das Deutsche Reich und hier vor allem die Wehrmacht, aber auch die Stadtverwaltung Litzmannstadt. Etwa zehn Prozent der Bestellungen kamen von Privatfirmen wie Neckermann, dem Alsterhaus Hamburg, der AEG oder Telefunken.<sup>38</sup> Die Löhne, die den Auftraggebern in Rechnung gestellt wurden, gingen auf das Konto der Gettoverwaltung, von dem die Versorgung des Gettos finanziert wurde.<sup>39</sup> Innerhalb des Gettos gab eine eigene Währung, die sogenannten „Mark-Quittungen“<sup>40</sup>, in der die Arbeiter von der jüdischen Verwaltung ihre Löhne ausbezahlt bekamen.

Diese Löhne schwankten. Der durchschnittliche Lohn eines Facharbeiters betrug im Sommer 1941 zwischen 12 und 20 Mark. 1942 war der Minimallohn etwas höher, lag laut Isaiah Trunk bei 19,90 Mark. In dieser Zeit konnte ein Facharbeiter bis zu 60 Mark in der Woche verdienen. In der jüdischen Administration war das niedrigste Gehalt in dieser Zeit 84,50 Mark im Monat (also 21,12 Mark in der Woche), das höchste war mit über

---

<sup>38</sup> Vgl. etwa BARANOWSKI, The Łódź Ghetto, S. 46-48; KLEIN, „Gettoverwaltung Litzmannstadt“.

<sup>39</sup> Prüfbericht des Rechnungshofes des Deutschen Reichs, Februar 1941, abgedruckt in: Bevölkerungsstruktur und Massenmord. Neue Dokumente zur deutschen Politik der Jahre 1938-1945, hg. v. GOTZ ALY / SUSANNE HEIM, Berlin 1991, S. 39-73, hier S. 53.

<sup>40</sup> Die Mark-Quittungen wurden, abgeleitet von Rumkowskis Namen, auch als *Rumkis* oder *Chaimkis* bezeichnet. Dieses Geld war seit dem 8. Juli 1940 das einzige Zahlungsmittel im Getto.

500 Mark im Monat angegeben. Im Mai 1943 wurde ein Stundenlohn eingeführt, der zwischen verschiedenen Kategorien von Arbeitern unterschied. Die im Getto innerhalb der jüdischen Verwaltung verfasste Tageschronik gibt einen Überblick über das komplizierte System:

*„Regelung der Lohnsätze.* Durch ein Rundschreiben an alle Ressorts und Abteilungen wurde die Regelung der Lohnsätze getroffen. Die bisher geltenden Stundenlohnsätze werden aufgegeben, der Tageslohn abgeschafft und kommt nur für besondere Kategorien L.S. [Luftschutz] Dienst, bei Fuhrleuten und Totengräbern in Frage.

Beginnend von der Auszahlungswoche vom 23.-29.5.43 gelten folgende Stundensätze:

A/ Ungelernte Arbeiter /sogen. Schwarz-Arbeiter/

I. Kategorie:

Männer:..... Mk. 0,39 pro Stunde

Frauen:..... Mk. 0,33 pro Stunde

II. Kategorie:

Männer:..... Mk. 0,33 pro Stunde

Frauen:..... Mk. 0,28 pro Stunde

B/ Angelernte Arbeiter /sogen. Halbfachleute, resp. diejenigen, welche unmittelbar bei der Produktion beschäftigt sind./

I. Kategorie:

Männer:..... Mk. 0,45 pro Stunde

Frauen:..... Mk. 0,42 pro Stunde

II. Kategorie

Männer:..... Mk. 0,42 pro Stunde

Frauen:..... Mk. 0,39 pro Stunde

Die Stundensätze für Fachleute werden separat geregelt. Als Basis gilt die öffentliche Arbeitszeit von 60 Stunden. Nach Berücksichtigung der Mittagspausen ist der Lohn nur für 54 Stunden in der Woche, resp. 9 Stunden täglich zu bezahlen.“<sup>41</sup>

Zumindest eine Zeit lang konnte ein Arbeiter im Getto Lodz / Litzmannstadt seine Familie dadurch, dass er angestellt war, miternähren. Es ist nicht ganz klar, wann das neue System eingeführt wurde, doch berichtet die Tageschronik im Mai 1942 von der Abschaffung von Familienzulagen: In den Monaten zuvor hatten nicht beschäftigte Familienmitglieder eines Arbeiters je 15 Mark monatliche Zulage erhalten.<sup>42</sup> Ein weiterer Faktor, der die Arbeit für die Menschen im Getto so wichtig machte, war die Verpflegung am Arbeitsplatz: Mittags gab es eine Suppe, manchmal beka-

<sup>41</sup> Die Chronik des Gettos Lodz/Litzmannstadt 1943, hg. v. SASCHA FEUCHERT u. a., Göttingen 2007, S. 213 f. Zu den Löhnen siehe TRUNK, Łódź Ghetto, S. 160. – Hervorhebung im Original unterstrichen.

<sup>42</sup> Chronik 1942, S. 148.

men die Arbeiter weitere Verpflegung, teilweise konnten sie davon sogar etwas aus der Fabrik hinausschmuggeln und ihre Familie damit unterstützen.

Der Unterschied zwischen Arbeitern und nicht arbeitenden Gettobewohnern hinsichtlich der Verpflegungssituation war groß: Anfang November 1940 ordnete Biebow an, dass Arbeitskräfte entsprechend größere Mengen an Lebensmitteln bekommen sollten, um ihre Leistungsfähigkeit zu erhalten. Dies ging zu Lasten der übrigen Bevölkerung, denn die dem Getto zugestandenen Rationen erhöhte die deutsche Verwaltung nicht. Seit Januar 1941 war beispielsweise die Brotversorgung so geregelt, dass jeder Gettobewohner 300 Gramm am Tag erhielt, Arbeiter in den Ressorts dagegen 600. Die übrigen zugeteilten Lebensmittel wurden anfangs wöchentlich, später alle zwei Wochen ausgegeben. Auch die jüdische Verwaltung bestimmte Unterschiede in der Lebensmittelzuteilung: Es gab Gruppen, die zusätzliche Rationen zugeteilt bekamen, neben Rumkowski waren dies etwa die Beamten der jüdischen Administration, OD-Mitglieder oder die Fabrikleiter. Hierfür gab es verschiedene Talone, wie die Lebensmittelkarten auch genannt wurden. Auch bekamen manche Bäcker wöchentlich einen zusätzlichen Laib Brot.<sup>43</sup> Von ihren Löhnen konnten die Menschen im Getto die Lebensmittel erwerben, die ihnen laut Lebensmittelkarten fest rationiert zustanden. Darüber hinaus war es möglich, im sogenannten Freiverkauf Lebensmittel über dieses Kontingent hinaus zu kaufen – und auf dem Schwarzmarkt. Hier waren die Preise jedoch äußerst hoch, was wiederum den Barwert von Nahrung in Schwarzmarktpreisen verdeutlicht. Dessen Preise stiegen je nach Lebensmittelzufuhr immer höher. Die folgende Gegenüberstellung der offiziellen mit den Schwarzmarktpreisen illustriert die Differenz beispielhaft für den 6. Oktober 1943.<sup>44</sup>

Produkt	Offizieller Preis	Schwarzmarktpreis
1 Kilo Roggengemehl	0,70 Mark	150 Mark
1 Kilo Erbsen	2 Mark	100 Mark
1 Kilo Zucker	1,80 Mark	180 Mark
1 Liter Öl	8 Mark	500 Mark
1 Stück Seife	0,40 Mark	4 Mark
1 Kilo Kartoffeln	0,50 Mark	18 Mark

Die Preise stiegen noch weiter an. Im Januar 1944 kostete ein Kilogramm Kartoffeln mit 80 Mark mehr, als der durchschnittliche Monatslohn eines

<sup>43</sup> Löw, Juden, S. 127 f.

<sup>44</sup> Chronik 1943, S. 483.

Arbeiters ausmachte. Zusätzliches Brot konnte sich ein „normaler“ Gettobewohner zu diesem Zeitpunkt ohnehin nicht mehr leisten. Ein Laib Brot, den man im November 1942 noch für 105 Mark und im März 1943 für 225 Mark hatte erwerben können, kostete Anfang Januar 1944 schon 450 Mark; Ende Februar 1944 mussten zwischen 1.050 und 1.100 Mark bezahlt werden.<sup>45</sup> Daher war für die Menschen im Getto eine Entlohnung in Naturalien mitunter sehr viel vorteilhafter als die Bezahlung der Arbeit in der getto-eigenen Währung. So schrieb Jakub Poznański am 18. April 1943 in sein Tagebuch:

„Kein Handwerker will noch etwas für Geld tun. Ich war gestern bei einem Schuster, damit er mir ein Paar Gummisohlen und 2 Absätze nagelte und einen Flicken aufsetzte. Er wollte das für nichts anderes als für Lebensmittel tun.“<sup>46</sup>

Zurück zur Arbeitsorganisation: Am Anfang fanden trotz der Bemühungen Rumkowskis und seiner Mitarbeiter bei weitem nicht alle „arbeitsfähigen“ Gettobewohner eine Anstellung. In dieser Zeit erreichten den Judenältesten oder sein „Sekretariat für Bitschriften und Beschwerden“ unzählige Briefe, deren Verfasser ihre Situation schilderten und um eine Arbeitsstelle baten.<sup>47</sup>

Durch Werbeaktionen von Hans Biebow und dadurch eingehende Bestellungen einerseits und Rumkowskis Organisationsgeschick andererseits wuchs die Produktion im Getto im Jahr 1941 dann aber trotz aller Schwierigkeiten beträchtlich. Vor allem seit dem Sommer stieg die Zahl der Arbeitskräfte sukzessive an. Und an diesem Punkt zollten auch manche seiner Kritiker innerhalb der Gettobevölkerung dem Judenältesten ein Lob. So schreibt etwa Jakób Ogólnik, der sonst nur von der „Diktatur“ des Judenältesten berichtet:

„Schon Anfang 1941 begann die Organisation der Arbeit in großem Maßstab und hier muss man loyal zugeben, dass Präses R. große Initiative und riesigen Organisationsgeist zeigte.“<sup>48</sup>

Auch auf deutscher Seite machte die Produktivität Eindruck. Im Oktober 1941 schrieb Regierungspräsident Uebelhoer an Heinrich Himmler: „Man spricht im Reich von der Division Ghetto Litzmannstadt; denn die hier

<sup>45</sup> Chronik 1942, S. 197; Chronik 1943, S. 98, Tageschronik 1944, S. 31 (Eintrag vom 8.1.1944) und S. 166 (Eintrag vom 27.2.1944).

<sup>46</sup> JAKUB POZNAŃSKI, Dziennik z łódzkiego getta, Warszawa 2002, S. 59 (übers. aus dem Poln.).

<sup>47</sup> Vgl. die entsprechenden Bestände im Staatsarchiv Łódź: APL 278/158 sowie 278/200 bis 278/236.

<sup>48</sup> Archiwum Żydowskiego Instytutu Historycznego, Warschau (AŻIH), 301/3181, Bl. 5 (übers. aus dem Poln.). Vgl. auch LUCILLE EICHENGREEN, Rumkowski, der Judenälteste von Lodz. Autobiographischer Bericht, Hamburg 2000, S. 34.

arbeitenden jüdischen Handwerker haben eine Division Handwerker für den Wehrmachtsdienst freigemacht.“<sup>49</sup>

Immer mehr Aufträge erreichten das Getto. So ist in der Monatschronik der Lodzer Gettochronik im September 1941 zu lesen:

*„Aufträge für die Arbeitsressorts.* Im Laufe des Monats September haben die Arbeitsressorts sehr viele Aufträge bekommen. Die meisten Bestellungen gingen beim Schneiderressort ein, in erster Linie handelt es sich dabei um die Herstellung von verschiedenen Uniformen. Zu diesem Zweck kamen im Laufe des Monats ein Dutzend Waggons mit Kleiderstoffen an. Neben Aufträgen für die Anfertigung neuer Uniformen wurde auch eine große Menge alter Uniformen zur Ausbesserung entgegengenommen. Auch die Gummimäntelfabrik erhielt viele Aufträge und beträchtliche Stoffmengen. Die Schustereien bekamen Leder für die Herstellung von Militärschuhen und für die Ausbesserung von über 10000 alten Schuhen. Am 4. September wurde in der ul. Drewnowska 77 eine große chemische Reinigung in Betrieb genommen, die zur Ausbesserung bestimmte Kleider reinigen wird. In der Reinigung sind 80 Arbeiter angestellt. Am 8. September entstand in der ul. Przemysłowa in Marysin eine Korkfabrik. Zum Auftakt erhielt sie 3 Waggons Kork zur Verarbeitung. Geplant ist auch die Eröffnung einer Korsettwerkstatt. Es sei bemerkt, dass die Ausführung der Bestellungen durch den Mangel an verschiedenen Materialien erschwert wird. Das ist das größte Hindernis der Arbeitsressorts. So mangelt es im Schneiderressort z. B. ständig an Zwirn, Knöpfen usw. Das Ressort für Filzschuhe hat einen Auftrag über 80000 Paar Filzstiefel für die Armee angenommen, aber die ausbleibende Lieferung von Sohlen und anderen Materialien macht dies unmöglich. Es ist auch eine selbstständige Werkstatt zur Herstellung von Schäften, die bislang in den allgemeinen Schusterwerkstätten zugeschnitten wurden, entstanden. Mitte September wurden Maschinen für das Sattlerressort geliefert, die dessen Ausbau ermöglichen.“<sup>50</sup>

Und so wurden immer häufiger Arbeitskräfte aufgefordert, sich zu melden. In der Lodzer Gettochronik ist häufig vermerkt, dass bestimmte Ressorts Arbeiter suchten und der Judenälteste dies auf dem Wege der Bekanntmachung öffentlich gemacht hatte. In der Bekanntmachung Nr. 247 heißt es:

„Ab Montag, den 14.4.1941 früh 8 Uhr 30 Min. können sich Meister und Facharbeiter der Bürsten und Polstereien /Tapezierer/ in meiner Tapeziererabteilung, Reiterstrasse 9, registrieren. Es ist die Eröffnung einer neuen Fabrik geplant.“<sup>51</sup>

<sup>49</sup> Uebelhoer an Himmler, 4.10.1941, zit. nach FLORIAN FREUND u. a., Das Getto in Litzmannstadt (Lodz), in: Arbeit, hg. v. Jüdischen Museum Frankfurt, S. 17-31, hier S. 25.

<sup>50</sup> Die Chronik des Gettos Lodz/Litzmannstadt 1941, hg. v. SASCHA FEUCHERT u. a., Göttingen 2007, S. 227. – Hervorhebung im Original unterstrichen.

<sup>51</sup> YIVO, RG 241/364. Rumkowski, Bekanntmachung Nr. 247, 13.4.1941.

Auch für leichtere Arbeiten wurden Gettobewohner gesucht, wie die Tageschronik meldete:

„Die Bekanntmachung Nr. 304 vom 17. September betrifft die Registrierung von Personen, die Transporte mit Handwagen betreiben möchten. Es sei vermerkt, dass das Getto 200 leichte Handwagen angekauft hat. Dies wird den bestehenden Mangel beheben und für viele hundert Familien eine gesicherte Existenzgrundlage bilden. Laut der Bekanntmachung Nr. 304 werden die Wagen an Gruppen vermietet, die aus drei bis vier Personen bestehen. Die Mieter werden verpflichtet, die ihnen anvertrauten Wagen sorgfältig zu benutzen; jeden Morgen soll der Wagen an eine bestimmte Stelle gebracht werden, wo die Transportaufträge erteilt werden. Ab dem 16. September wird das Arbeitsamt die Kandidaten registrieren.“<sup>52</sup>

Ähnliche Aufrufe oder Arbeitsangebote wurden auch in der Folge veröffentlicht. Im Dezember 1941 standen bereits gut 50.000 Gettobewohner in einem Arbeitsverhältnis, darunter knapp 5.000, die außerhalb des Gettos beim Bau der Autobahn von Frankfurt/Oder nach Posen beschäftigt waren.<sup>53</sup> Die Abteilung Arbeitseinsatz hatte seit Dezember 1940 die Aufgabe, Juden zu dieser Arbeit außerhalb des Gettos zu stellen. Bereits im November gab Rumkowski bekannt, dass 600 Männer im Alter von bis zu 40 Jahren sich dazu melden konnten. Im Jahr 1941 wurden immer wieder Juden zur Arbeit ins Reich geschickt, einige meldeten sich freiwillig, die meisten wurden jedoch dazu bestimmt. Die Familien derer, die freiwillig zur Arbeit fuhren, bekamen finanzielle Unterstützung.<sup>54</sup>

Rumkowski betonte im Sommer 1941 in einer Rede nochmals die Bedeutung der Gettoarbeit:

„Immer zahlreichere Scharen von Jugendlichen finden eine Anstellung als Praktikanten in meinen Werkstätten. In nächster Zukunft werden Tausende von weiteren Jugendlichen eine Arbeit finden. Ist das nicht ein schöner Augenblick für die Eltern und für das Kind, wenn dieses seinen ersten verdienten Wochenlohn mitbringt? Aufgrund meiner Überzeugung, dass man ausschließlich von der Arbeit leben sollte, habe ich beschlossen, jetzt die 15 Mark an Unterstützung abzuschaffen und die früheren 10 Mark wieder einzuführen. Alle, die arbeiten wollten, die loyal ihrer Arbeit im Gegenzuge für die Unterstützung nachgekommen sind, werden weiterhin für einen täglichen Lohn von 2 Mark und einer Suppe für 20 Pfennig eingestellt werden. Am 1. September wird die Unterstützung in Höhe von 15 Mark abgeschafft. Die Erfahrung zeigt, dass man überzeugende Methoden finden muss, um die Menschen endlich zur Arbeit zu

<sup>52</sup> Chronik 1941, S. 232.

<sup>53</sup> Vgl. die Tabelle über Beschäftigungszahlen bei RUBIN, Żydzi, S. 309.

<sup>54</sup> APL, GV 29211, Bl. 138. Rumkowski, Bekanntmachung Nr. 166, 19.11.1940; POZNAŃSKI, Dziennik, S. 38.

bewegen, Methoden, die lehren, dass lediglich die Arbeit das Recht zum Leben gibt.“<sup>55</sup>

### Das Jahr 1942: Beginn des Massenmords

Die Menschen im Getto versuchten also, eine Anstellung in einer der Werkstätten oder Fabriken zu finden, denn nur dies sicherte ihre, wenn auch karge, Versorgung mit Lebensmitteln. Mit dem Beginn der Deportationen in das Vernichtungslager Kulmhof bekam Arbeit in einem noch viel direkteren Sinne die Bedeutung, das Leben der Gettobewohner zu retten. Bis September 1942 ermordeten die Deutschen etwa 60.000 Juden aus Litzmannstadt in Kulmhof. Die Auswahl der zu Deportierenden oblag zunächst Rumkowski, der davon ausging, dass es allemal besser sei, wenn er die Deportationen organisierte, als wenn deutsche Kräfte in das Getto kämen. Zur Gruppe derer, die er und seine „Aussiedlungskommission“ zunächst auswählten, gehörten „Verbrecher“, also diejenigen Menschen, die vom Gericht wegen verschiedener Vergehen verurteilt worden waren oder im Zentralgefängnis einsaßen, und Gettobewohner, die nicht arbeiteten. Das System des Nationalsozialismus war so perfide, dass ein Judenältester wie Rumkowski in der Annahme, das Überleben des Gettos und möglichst vieler seiner Bewohner auf diese Weise zu sichern, die Prinzipien der Besatzer übernehmen musste und an erster Stelle die „arbeitsfähigen“ Juden zu retten versuchte.

Umso verzweifelter versuchten die Gettobewohner nun, eine Arbeit zu finden. Und auch der Judenälteste war bemüht, mehr Arbeit zu schaffen, immer mehr Menschen in den Arbeitsprozess zu integrieren. Vor allem um die Kinder und Jugendlichen sorgte er sich. Seit der Schließung der Schulen im Herbst 1941 versuchte eine „Umschichtungskommission“, sie in die Fabriken zu integrieren. Bis Ende Juli 1942 waren 13.000 Jugendliche zwischen zehn und 17 Jahren in verschiedenen Ressorts angestellt worden.<sup>56</sup>

Im September folgte dann das, was in das Gedächtnis der Gettobewohner als „Sperre“ eingegangen ist: Mehr als 15.000 Kinder unter zehn, ältere Menschen über 65 Jahren und Kranke wurden nach Kulmhof gebracht und dort ermordet. Die Brutalität, mit der die nun selbst ins Getto gekommene deutsche Polizei während der „Sperre“ agierte, und die Auswahl der Opfer führten dazu, dass die Ahnung über das Schicksal der Deportierten bei vielen Menschen im Getto zur Gewissheit wurde. So

<sup>55</sup> Chronik 1941, S. 218. – Hervorhebung im Original unterstrichen.

<sup>56</sup> LöW, Juden, S. 310; TRUNK, Łódź Ghetto, S. 171 und S. 299.

schreibt Oskar Singer am 16. September 1942: „Alle sind fest davon überzeugt, dass man die ausgesiedelten Juden in die Vernichtung führt.“<sup>57</sup>

Umso wichtiger waren Überlebensstrategien – und die zentrale Strategie war Arbeit. Knapp 90.000 Juden lebten noch im Getto, die Bevölkerungsstruktur hatte sich radikal verändert: Es gab kaum mehr junge, alte und kranke Menschen, außerdem waren im Zuge der Gettoauflösungen im Warthegau etwa 18.000 „arbeitsfähige“ Juden nach Litzmannstadt gekommen. Die Bestellungen, die zuvor in diesen Gettos bearbeitet worden waren, übernahm nun das Getto Litzmannstadt. Der Überlebende des Gettos und Historiker Lucjan Dobroszycki konstatierte: „The ghetto had been turned into something like one great factory“.<sup>58</sup>

Mit dem Ende der „Sperre“ ordnete Hans Biebow am 12. September 1942 in der ersten von ihm persönlich unterzeichneten Bekanntmachung der Gettobevölkerung an, vom 14. September an die Arbeit in den Fabriken und Werkstätten wieder aufzunehmen. In gewisser Weise beruhigte Biebows Bekanntmachung die Menschen, denn es war darin von „nunmehr anerkannten Arbeitskräfte[n]“<sup>59</sup> die Rede. Dies deutet Oskar Rosenfeld in seinem Tagebuch: „d.h. die Arbeitenden sind geschützt und werden ausreichend ernährt“.<sup>60</sup> Ein unbekannter Autor notiert, es sei nun „ein neues, echtes Arbeitslager entstanden. Fast die ganze Bevölkerung des Gettos arbeitet, entsprechend dem Auftrag der Gettoverwaltung“.<sup>61</sup>

Die „Sperre“ hatte der jüdischen Bevölkerung vor Augen geführt, dass die aus dem Getto Deportierten vermutlich ermordet worden waren. Doch diejenigen, die im Getto geblieben waren, galten als Arbeitskräfte. Also, so der Schluss, betraf die Vernichtungspolitik der Nationalsozialisten „nur“ die nichtarbeitenden Juden. Die Arbeiter aber, von deren Leistung die deutsche Industrie und vor allem die Wehrmacht in so hohem Maße profitierten, waren sicher. Zumaldest Teile der Gettobevölkerung interpretierten die Situation damit ähnlich wie der unbeliebte Judenälteste Rumkowski. Und so schreibt Oskar Rosenfeld Ende 1942 erneut in sein Tagebuch: „Die deutschen Fachkommissionen (Fachleute, keine Politiker) finden Arbeit

<sup>57</sup> SINGER, „Im Eilschritt durch den Gettotag ...“, S. 134. Siehe auch ANDREA LÖW, „Wenn es nur den geringsten Hoffnungsschimmer gäbe“ – vom Wissen über die Vernichtung im Getto Litzmannstadt, in: Studia i szkice dedykowane Julianowi Baranowskiemu, hg. v. EWA WIATR / PIOTR ZAWILSKI, Lódź 2010, S. 152-165.

<sup>58</sup> LUCJAN DOBROSZYCKI, Introduction, in: DERS., The Chronicle of the Lódź Ghetto 1941-1944, New Haven / London 1984, S. ix-lviii, TRUNK, Lódź Ghetto, S. 153.

<sup>59</sup> EISENBACH, Dokumenty, S. 236: Getto-Verwaltung, gez. Biebow. Wiedereröffnung aller Fabriken und Werkstätten ab Montag, d. 14.9.1942, 12.9.1942.

<sup>60</sup> OSKAR ROSENFELD, Wozu noch Welt: Aufzeichnungen aus dem Getto Lodz, hg. v. HANNO LOEWY, Frankfurt 1994, S. 155.

<sup>61</sup> Briefe aus Litzmannstadt, hg. v. ARNFRIED ASTEL u. a., Köln 1967, S. 26.

sehr gut, staunen über das Talent der Arbeiter. Getto wird durch Arbeit gesichert.“<sup>62</sup>

So verfolgte Rumkowski seine Strategie weiter und organisierte die Arbeit im Getto in einem noch größeren Ausmaß – forciert wurde diese Entwicklung freilich wiederum von Biebow, der hier verstärkt eingriff. In ehemaligen Krankenhäusern, Schulen oder Waisenhäusern wurden neue Werkstätten eingerichtet, Arbeitsbedingungen verschärft und neue Aufträge, vor allem der Wehrmacht, erreichten das Getto. Im Dezember 1942 waren 94 Fabriken in Betrieb, 87.615 Menschen lebten im Getto, von denen 75.650 beschäftigt waren; von den übrigen waren im Moment ungefähr 1200 krank und sollten danach wieder arbeiten, der Rest war, so teilt Rumkowski der Gettoverwaltung mit, „in der Umschulung und teilweise in Reserve und gelangt sukzessive zum Einsatz“.<sup>63</sup>

Wenn immer wieder von der großen Produktivität in diesem Getto die Rede ist, muss man sich noch einmal die Bedingungen vergegenwärtigen, unter denen hier produziert wurde. Oskar Singer und Józef Zelkowicz, beide Mitarbeiter des Archivs des Judenältesten, haben eine Vielzahl von Reportagen über verschiedene Fabriken im Getto verfasst: Sie berichten von der Entstehung des jeweiligen Ressorts, von dem Improvisationstalent, das bei den unter den Bedingungen des Gettos oft anfallenden Problemen vornöten war.<sup>64</sup>

Ein Beispiel für den aus der Not, gewissermaßen aus dem Nichts etwas produzieren zu müssen, geborenen Erfindungsreichtum war die Altmaterialabteilung. Hier waren 1.800 Menschen damit beschäftigt, aus Lumpen und Stofffetzen Rohstoffe für die Fabriken bereitzustellen. In einem Bericht in der Tageschronik anlässlich einer Ausstellung dieser Abteilung im Juni 1943 heißt es: „Was früher keines Menschen Hand angerührt, kein Bettler angenommen, kein Zigeuner gestohlen hätte, gilt als kostbares Gut, als Rohstoff für schöne modische Dinge“. Aus den hier sortierten und zusammengestellten Lumpen wurden in der Textilabteilung Watte, Pelzstoff

---

<sup>62</sup> Wenige Tage später betont er noch einmal: „Getto als Arbeitslager bestätigt, daher Aussiedlung nicht in Frage, Lebensmittelnot nicht zu befürchten.“; ROSENFELD, Welt, S. 174 f.

<sup>63</sup> APL, GV 30024, Bl. 8. Rumkowski an Gettoverwaltung Litzmannstadt, 4.1.1943. Zum Vergleich: Während nun also von etwa 90.000 Menschen 75.000 arbeiteten, hatten am 1. September 1941 von gut 140.000 Gettobewohnern 40.000 gearbeitet. Im Laufe eines Jahres war der Prozentsatz derjenigen, die arbeiteten, um 86 Prozent gestiegen, siehe TRUNK, Łódź Ghetto, S. 156.

<sup>64</sup> SINGER, „Im Eilschritt durch den Gettotag ...“; einige der im Original jiddischen Reportagen von Józef Zelkowicz sind in englischer Übersetzung gedruckt in: JOSEF ZELKOWICZ, In Those Terrible Days. Notes from the Lodz Ghetto, hg. v. MICHAL UNGER, Jerusalem 2002.

und Garn erzeugt. Zahlreichen Ressorts wurden diese Rohstoffe zur Weiterverarbeitung zugeteilt.<sup>65</sup> Auch über diese Abteilung hat Oskar Singer eine Reportage geschrieben; er zog Hoffnung aus dem Erfindungsgeist der Juden im Getto, aus ihrer Fähigkeit, sich phantasievoll selbst zu helfen – und aus der daraus resultierenden Wichtigkeit des Gettos für die Deutschen. Er schreibt: „Und diese Stadt wird leben, weil sie so leidenschaftlich leben will.“<sup>66</sup>

Das Jahr 1943 verlief im Getto Litzmannstadt relativ „ruhig“. Jedoch blieben die Lebens- und Arbeitsbedingungen auch in dieser Zeit stets lebensbedrohlich. Durch Hunger und Krankheit waren die Arbeiter in den Ressorts so geschwächt, dass sie die geforderte Leistung nicht immer erbringen konnten. Im Mai 1943 fand beispielsweise eine Beratung der Leiter der Schneidereien statt, die sich mit dem alarmierenden Problem beschäftigte, dass gerade unter den Arbeitern dieses wichtigsten Ressorts die Sterblichkeit zunahm. In der Tageschronik wurde am 21. Mai darüber berichtet:

„Es wurde konstatiert, dass nebst Mängel an genügend hygienischen Arbeitsräumen und sonstigen Arbeitsbedingungen, die ungenügende Ernährung am schlechten Gesundheitszustand der Schneider Schuld sind. Die 10-stündige Arbeitszeit und der damit verbundene Kräfteverbrauch beanspruchte eine andere, gediegene Ernährung als sie bisher dieser Arbeitskategorie zugeteilt wurde.“

Und die Chronik weist hier auch noch einmal auf den Zusammenhang von Arbeit und Versorgung hin:

„Die Beratung der Leiter galt der Aufgabe, einen Weg zur Abhilfe zu finden. Denn die wachsende Sterblichkeit unter den Ressortschneidern des Gettos kann für diese selbst katastrophale Folgen haben, sobald die Produktion der Schneider-Abteilungen unter das geforderte Mass fällt. Die Versorgung des Gettos mit Lebensmitteln haengt mit der Arbeitsleistung des Gettos zusammen. Wenn die von der deutschen Behörde erteilten Aufträge nicht im gewünschten Umfang und im zeitgerechten Termin ausgeführt werden, drohen dem Getto unausdenkbare Gefahren.“<sup>67</sup>

Um einen Eindruck von den verschiedenen Arten der Produktion im Getto Litzmannstadt und darüber, wie sich diese im Laufe der Zeit ausdifferenziert hat, zu geben, sei hier ein Eintrag aus der im Archiv des Gettos verfassten Tageschronik vom 25. Februar 1943 zitiert:

<sup>65</sup> Chronik 1943, S. 255-257. Vgl. auch ebd., S. 202 f.

<sup>66</sup> SINGER, „Im Eilschritt durch den Gettotag ...“, S. 120.

<sup>67</sup> Chronik 1943, S. 215 f.

*„Behördliche Kommission:* In den Mittagsstunden traf eine behördliche Kommission im Getto ein, bestehend aus dem Chef der Gestapo, Bratfisch [Bradfisch], und 3 Herren aus Berlin. Obwohl eine solche Kommission schon seit längerer Zeit erwartet wurde, traf sie doch überraschend ein und bewirkte eine starke Beunruhigung unter der Gettobevölkerung. Die Kommission besuchte zunächst den Baluter-Ring und liess sich vom Aeltesten über die Organisation des Gettos informieren. Sodann wurde eine Rundfahrt durch die Gettobetriebe angetreten. Besucht wurde unter Führung des Leiters des Zentralbüros der Arbeitsressorts, Aron Jakubowicz, die Chemische Wäscherei, die Tischlerei, die Metallabteilung sowie die Schneiderei. Eingeweihte Personen äusserten sich dahin, dass die Kommission zufrieden und stellenweise sogar sehr stark beeindruckt war, insbesondere über die Betriebe der Tischlerei und der Schneidereien, welch letztere in den Räumen des ehemaligen Hauptspitals an der Hanseatenstrasse tatsächlich einen imposanten Eindruck macht. Es fiel auf, dass der Chef der Gettoverwaltung, Herr Biebow, noch nicht anwesend war. Wie es heisst, trifft er erst morgen in Litzmannstadt ein.

In diesen Zusammenhange ist es interessant, einmal eine Uebersicht über die Produktion der wichtigsten Gettobetriebe zu geben.

Lieferungen vom 1.-31. Dezember:

<u>Schneiderwerkstätten</u>			<u>Gummimäntelfabrik</u>		
Militärsektor	41,790	Stück	Militärsektor	4000	Stück
Zivilsektor	28,492	"	Zivil	1709	"
<u>Schuhmacherabt. I.</u>	162,331	Paar	<u>Schäfteabteilung</u>		
<u>Schuhmacherabt. II.</u>		"	Militär	46,680	Paar
Milit.	6,257		Zivil	53,884	"
Zivil	4,549	"			
<u>Schuhfabrik</u>	18,222	"	<u>Steppdeckenfabrik</u>	1,861	Kissen
	68,000	Einlagen	<u>Textilfabrik</u>	58,860	kg
<u>Hutabteilung</u>	68,745	Stück	verarbeitete Lumpen,		
<u>Strickereifabrik</u>	7,992	Trikotag.	Webwaren	12,000	Meter
	164,000	Ohrensch.	Teppichfabriken	655	handge-
<u>Tischlereiabt.</u>	1,403	Stück			webte Teppiche
<u>Kleinemöbelfabrik</u>	76,309	"	<u>Metallabt. I</u>	423,000	Stück
<u>Wäsche- u. Kleider-fabrik</u>	56,551	"	<u>Metallabt. II</u>	380,000	"
<u>Trikotagenabt.</u>	42,880	"	<u>Kürschnerabt.</u>	20,890	"
Milit.		"	<u>Leder- u. Sattler</u>		
Zivil	71,028	"	<u>abteilung</u>		
<u>Handschuh- u.</u>	5,865	Dutzd.			
<u>Strumpfält.</u>					
<u>Gerberei</u>	1,348	Stück	<u>Mützenwerkst.</u>	23,923	"
<u>Papiererzeugnisse</u>	1,871,277	"	<u>Korsett- u. Büs-tenhalterfabrik</u>	34,057	"
<u>Bürsten- u. Pinsel-fabrik</u>	5,754	"			
<u>Holzwollefabrik</u>	9,062	kg Holzw.	<u>Tapezierabt.</u>	7,387	"
	7,200	Matratzen		1,400	"
Pressplatten	1,900	qm <sup>2</sup>	Fensterverdunkelungen.		

Hier wurden nur die wichtigsten von den 94 Gettobetrieben erwähnt.“<sup>68</sup>

Noch im März 1944 stellt die Rüstungskommission in Posen fest, dass das Getto Litzmannstadt im Warthegau *grösster Rüstungsbetrieb* sei, da von 80.000 Arbeitskräften etwa 95 Prozent *Rüstungsarbeit leisten*.<sup>69</sup> Jedoch zeigen die detaillierten Forschungen von Peter Klein, dass die Geschichte dieses Gettos nicht, wie in der Forschung zumeist angenommen, „die Geschichte eines erfolgreichen Unternehmens war, sondern lediglich die Geschichte der totalen Ausbeutung von Zwangsarbeitern“. Gauleiter Greiser stellte im Laufe der Zeit fest, dass der Massenmord zumindest für seine eigenen Belange finanziell attraktiver war als das Getto selbst, und es lag wohl vor allem an mangelnden Alternativen und den zahlreichen Großaufträgen, die Biebow im Jahr 1943 gesichert hatte, dass das Getto nicht schon früher aufgelöst wurde.<sup>70</sup>

Lange sah es also so aus, als würde Rumkowskis Strategie aufgehen. Doch Anfang 1944 änderte sich die deutsche Politik gegenüber dem Getto, und hier hatten nun Rumkowski überhaupt gar keinen, aber auch Hans Biebow keinen Einfluss mehr: Gespräche über den Status des Gettos führten Anfang 1944 zu einer Übereinkunft zwischen Himmler und Greiser, dass dieses zunächst verkleinert und später aufgelöst werden sollte. Spätestens im März 1944 befahl Himmler, das SS-Sonderkommando Kulmhof zu reaktivieren, und Anfang Juni war es „betriebsbereit“. Am 23. Juni 1944 verließ der erste Transport den Bahnhof Radegast.

An diesem Tag schreibt einer der Autoren der Tageschronik sehr hell-sichtig über die Ambivalenz der Hoffnung, durch Arbeit der Vernichtung zu entgehen. In der Rubrik „Ressortnachrichten“ heißt es:

„Am heutigen Tage kamen über Radegast beträchtliche Mengen von Rohwaren für die Schneiderbetriebe herein, worauf das Getto wieder /irrtümlich/ den Schluss zog, dass also das Getto nicht liquidiert werden dürfte. Natürlich hat eines mit dem andern nichts zu tun. Die Rohwaren sind ja längere Zeit unterwegs und gehören in den wirtschaftlichen Sektor des wirtschaftlichen Problems, das unabhängig vom politischen von anderen Stellen geleitet bzw. gelöst wird.“<sup>71</sup>

<sup>68</sup> Chronik 1943, S. 59 f.

<sup>69</sup> Wehrwirtschaftsoffizier des Wehrkreiskommandos XXI an Wehrwirtschaftsstab im OKW, Tätigkeitsbericht für Februar 1944, zit. nach ALBERTI, Verfolgung, S. 468. Die Auseinandersetzungen um das Getto Litzmannstadt, die hier nur angedeutet werden können, hat Michael Alberti ausführlich untersucht: Ebd., S. 459-499.

<sup>70</sup> KLEIN, „Gettoverwaltung Litzmannstadt“, S. 507-529.

<sup>71</sup> Chronik 1943, S. 271.

Der Schreiber sollte Recht behalten. Zwischen diesem 23. Juni und dem 14. Juli deportierten die Nationalsozialisten insgesamt 7.196 Juden nach Kulmhof.<sup>72</sup> Nach einem Deportationsstopp folgte dann die endgültige Auflösung des Gettos und knapp 70.000 Menschen wurden aus dem Getto Lodz im August 1944 nach Auschwitz-Birkenau deportiert und die meisten dort sofort ermordet.

### Rettung durch Arbeit?

Arbeit als Rettungsstrategie – in wohl keinem anderen Getto wurde dieser Gedanke so konsequent umzusetzen versucht wie in Litzmannstadt. Verschiedene Faktoren spielten hierbei eine Rolle. Zum einen die jüdische Berufsstruktur: Zahlreiche Schneider, Kürschner und andere Facharbeiter lebten hier, brachten ihre Kompetenz und, soweit sie sie hatten retten können, ihre Maschinen und Werkzeuge mit in das Getto. Von zentraler Bedeutung war sicherlich der Judenälteste, Mordechai Chaim Rumkowski: Mit ungeheurem Geschick organisierte er die Produktion. Doch konnte er nur innerhalb des Gettos gestaltend agieren, den Rahmen setzten die Deutschen, von denen er abhängig war. Die möglicherweise von ihm zunächst angenommene Autonomie des Gettos erwies sich als Illusion.

Für die Menschen im Getto Litzmannstadt und bis zu deren Auflösung im Laufe des Jahres 1942 auch in den übrigen Gettos des Reichsgaues Wartheland war Arbeit ein zentraler Faktor in ihren Bemühungen zu überleben. Zunächst ging es darum, Geld und Lebensmittel zu erhalten, um sich und mitunter auch die eigene Familie versorgen zu können. Seit Ende 1941 konnte Arbeit dann in einem sehr wörtlich verstandenen Sinne das Leben retten, wurden doch in den allermeisten Fällen nur diejenigen Juden, die nachweisen konnten, dass sie Arbeitskräfte waren, von den Deportationen in die Vernichtung verschont – wenn auch in vielen Fällen nur temporär.

---

<sup>72</sup> ALBERTI, Verfolgung, S. 472-490.